

Haushaltsrede der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Gronau

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Verwaltungsleitung
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir beraten heute über einen Haushalt, der mehr Fragen aufwirft, als er Antworten gibt – und doch ist er ein ehrlicher Spiegel unserer Zeit. Ein Spiegel der strukturellen Überforderung, der finanziellen Enge und des Vertrauensverlustes, der entsteht, wenn Politik und Verwaltung nicht mehr gemeinsam gestalten, sondern nur noch reagieren.

Eine Position, die in keinem Fall glücklich ist, und zu der wir in großen Teilen durch äußerliche Einflüsse gezwungen werden.

Wer diesen Haushalt liest, erkennt: Wir stecken in einem massiven strukturellen Ungleichgewicht. Und dieses Ungleichgewicht ist nicht das Ergebnis einzelner Fehlentscheidungen, wie es von einigen Seiten oder eifrig leserbriefschreibenden ehem. Ratsmitgliedern behauptet wird, sondern Ergebnis einer kommunalen Realität, die sich durch die verfehlte Landespolitik weiter verschärft hat – hohe Pflichtaufgaben, sinkender Handlungsspielraum, stetig steigende Erwartungen. Erwartungen die wir zt. nicht oder nur begrenzt erfüllen können, was zum Frust der Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt führt.

1. Strukturelle Schieflage und finanzielle Überforderung

Gronau übernimmt Jahr für Jahr Aufgaben, die eigentlich Land oder Bund tragen müssten In diesem Jahr heißt das, 18 Millionen Euro für Kitas, 14 Millionen Euro für Schulen, 19 Millionen Euro als Umlage an den LWL, – zusammen mehr als 50 Millionen Euro, die unserer Stadt dieses Jahr fehlen.

Das ist der Preis für eine Politik, die Verantwortung abgibt, aber Verpflichtungen bestehen lässt.

Beweis dafür ist- Die Lage ist nicht nur in Gronau so dramatisch – sie ist landesweit alarmierend. Viele Städte und Gemeinden in NRW stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand.

In den letzten zwei Jahren hat sich die Lage flächendeckend verschlechtert, und ab 2026 erwarten fast alle Kommunen in NRW eine mangelhafte Finanzlage.

Und was unternimmt das Land?

Es verweist auf den sogenannten Investitionsbooster, und nennt es „eine beispiellose Investitionsgarantie von historischer Tragweite“, von dem aber bisher nur 47 Prozent überhaupt an die Kommunen weitergegeben wurden.

Das ist keine nachhaltige Unterstützung, das ist ein Tropfen auf den heißen Stein.

Zudem stehen 2,7 Milliarden Euro an weiteren Förderprogrammen im Raum, mit dem Gedanken, individuell kommunenspezifische Probleme gezielter fördern zu können – doch bis heute weiß niemand, wie und wann diese Mittel abrufbar sein sollen.

So wird aus Förderung Frustration – und aus Hoffnung Stillstand.

Gut gemeint ist eben nicht immer gut gemacht.

Und dieses strukturelle Defizit zementiert einen Investitionsstau, der unsere Stadt sichtbar und spürbar prägt.

Unsere Stadt steht unter einem Dauerstress:

Sanierungsstau, steigende Personalkosten, gesetzliche Auflagen, die nicht gegenfinanziert werden – das alles führt dazu, dass Gronau strukturell chronisch überfordert ist.

Straßen, Schulen, öffentliche Gebäude – vieles ist sanierungsbedürftig.

Und selbst da, wo schon beschlossen wurde, kommt die Umsetzung kaum voran.

Die Overbergschule, für deren Umsetzung im letzten Haushalt bereits 3 Millionen Euro vorgesehen waren, findet sich heute in der Ermächtigungsübertragung wieder. Zusammen mit vielen anderen Projekten aus den vergangenen Jahren.

Wir planen mehr, als wir stemmen können – finanziell wie personell.

Das ist kein Einzelfehler, das ist ein strukturelles Problem.

2. Vertrauen beginnt mit Transparenz

Unsere Verwaltung arbeitet engagiert – das will niemand in Frage stellen.

Aber sie arbeitet am Limit. Und wenn man im Dauerstress arbeitet, leidet irgendwann die Qualität – und vor allem die Kommunikation. Umso überraschter waren wir von dem Antrag, in den nächsten fünf Jahren Pauschal 20% des Personals einzusparen. Wie soll dann noch Handlungsfähigkeit gewährleistet werden.

Es ist Aufgabe der Verwaltungsleitung, Politik frühzeitig einzubinden und über Risiken und Verzögerungen klar zu informieren.

Das Vertrauen in politische Entscheidungen hängt wesentlich davon ab, dass wir auch nachvollziehen können, *wie* sie zustande kommen. Wenn Projekte kommentarlos verschwinden oder verschoben werden, ohne dass Gremien eingebunden werden, entsteht zu Recht Unmut.

Entscheidungen werden spät oder unzureichend kommuniziert, Informationen erreichen den Rat und seine Gremien oft erst, wenn das Kind sprichwörtlich schon in den Brunnen gefallen ist.

Das drastischste und sehr aktuelle Beispiel hierfür, finden wir in der Kita Buterland. bereits seit einigen Monaten, wenn nicht sogar Jahren war klar, dass dort brandschutztechnische Mängel bestehen, die uns zum Handeln zwingen. Doch Eltern und Politik wurden erst kurz vor dieser Haushaltsberatung mitgenommen. Jetzt müssen wir im Eilverfahren entscheiden, was längst hätte vorbereitet sein müssen.

Und das ist kein Einzelfall.

Wenn Projekte wie die Umgestaltung des Alten Postwegs zur Fahrradstraße oder die Mobilstationen an der Steinfurter und Eper Straße ohne Erklärung aus dem Haushalt verschwinden, wenn Kreuzungsumbauten und Gehwegsanierungen verschoben werden und wir den katastrophalen Zustand der Steinstraße als Auto- und Radfahrer ohne wirklich darüber zu sprechen noch einige Jahre erleben müssen,

dann ist das mehr als ein Verwaltungsproblem.

Dann ist das ein Vertrauensproblem.

Transparenz ist kein Luxus, sie ist Grundlage von Demokratie.

Wenn Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass Dinge hinter verschlossenen Türen entschieden oder einfach nicht erklärt werden, dann verlieren sie das Vertrauen – in Verwaltung, in Politik, in die gesamte kommunale Steuerung.

Dieses Vertrauen zurückzugewinnen, muss oberstes Ziel sein.

3. Bildung und bauliche Realität

Unser Kern bleibt unverrückbar: Mit der SPD die Zukunft gestalten. Das heißt auch, gute und Moderne Bildung für Jung und Alt.

Doch gerade hier fehlen uns die Ressourcen.

Die bereits genannte Overbergschule ist das beste Beispiel.

Ein Leuchtturmprojekt, das längst hätte starten sollen – jetzt aber auf 2029 verschoben wurde.

Wir verfügen, nach Aussage der Verwaltung - und auch der GPA Bericht gab es her, - weder über ausreichende finanzielle Mittel noch über die personellen Kapazitäten, um dies jetzt umzusetzen.

Zwar können wir bis zur Leistungsphase 4 arbeiten und somit Planungsgrundlagen schaffen, aber niemand weiß, wie sich die Baukosten oder die Haushaltslage bis dahin entwickeln werden.

Müssen wir also zukünftig über eine weitere Verschiebung sprechen, keiner weiß es, doch unwahrscheinlich erscheint es nicht.

Für uns als SPD ist jedoch klar - Dieses Projekt darf nicht in Vergessenheit geraten. Wir werden an jeder möglichen Stelle darauf drängen, dass die Overbergschule Priorität behält und eine frühzeitige Realisierung dieser angestrebt werden muss, so, wie wir sie gemeinsam in den strategischen Zielen benannt haben

Doch es gibt auch positive Entwicklungen:

Die Sanierung der Fridtjof-Nansen-Realschule und des Werner-von-Siemens-Gymnasiums läuft.

Bei der Buterlandsschule lässt sich Fortschritt erkennen, auch wenn uns die aktuelle Situation hier vor eine weitere Herausforderung stellt, soll laut Stadtbaurat die Realisierung nicht von der Thematik der Buterlandkita betroffen sein.

Und obwohl wir solche oder ähnliche Aussagen schon häufiger hörten, wollen wir auf diese Vertrauen. Auch, da keine andere Möglichkeit durch den Faktor Zeit besteht.

Darüber hinaus zeigt sich jedoch auch: Wir haben ein geplantes Investitionsvolumen von rund 60 Millionen Euro, von dem wir alle wissen, dass wir es – wie in den Vorjahren – nicht vollständig ausschöpfen werden. Und so besteht erneut die Gefahr, dass Projekte, wie die Overbergschule, am Ende still und leise in den Ermächtigungsübertragungen auftauchen – statt in der Umsetzung.

Wir als SPD sehen dies jedoch nicht als Zeichen von Stillstand, sondern von Überforderung, der wir strukturell begegnen müssen. Wir müssen endlich dazu kommen, realistisch zu planen, ehrlich zu priorisieren und konsequent umzusetzen.

4. Personal und Organisation

Eine überlastete Verwaltung kann keine zukunftsfähige Stadt gestalten.

Wir erleben es immer wieder: Stellenbesetzungen dauern zu lange.

Das Beispiel der OGS-Koordinatorin spricht Bände – Jahre der Vakanz, bevor endlich gehandelt wurde.

Erst mit der neuen Sozialdezernentin kam Bewegung hinein – und siehe da: es klappt.

Ebenso positiv: Nach langer Hängepartie ist die Stelle des Klimaschutzmanagements besetzt – und wir sehen, was passiert, wenn man Verantwortung klar zuordnet. Projekte kommen ins Rollen, Ideen werden konkret. Dies ist im Hinblick auf die gestiegenen CO2 Emissionen in den vergangenen Jahren von enormer Relevanz.

Der Weg kann nur heißen: Weniger Ankündigungen, mehr Umsetzung.

5. Bauen mit Vernunft – Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit

Als SPD setzen wir auf wirtschaftliche Vernunft statt Neubau um jeden Preis.

Wir stehen für Nachhaltigkeit durch Nutzung grauer Energie, für energetische Sanierungen statt Abriss, und für die Senkung von Betriebskosten durch kluge Bestandserhaltung.

Ein Beispiel hierfür ist die Brücke – baulich solide, aber mit Optimierungsbedarf. Es braucht keinen kompletten Neubau, sondern eine Sanierung nach aktuellen Standards:

Damit z. B. im Bereich der musikalischen Früherziehung keine stickigen Räume mehr entstehen und die Kolleginnen und Kollegen des Jugendamtes in allen Büros gleiche Bedingungen bei Heizung und Beschattung vorfinden.

Hier waren bereits Mittel eingestellt – bislang blieb das aber eine nette Idee ohne Fortschritt. Solche Maßnahmen zeigen, was wir meinen: Erhalt vor Neubau, Vernunft vor Symbolpolitik.

Ein solider Haushalt bemisst sich nicht nur an niedrigen Schulden, sondern auch an einer funktionierenden Infrastruktur.

Darum kann Sanierungsarbeit nicht nur für die Finanzen gelten, sondern muss auch die städtische Bausubstanz umfassen – eine Mammutaufgabe, die uns über Jahre beschäftigen wird.

6. Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Trotz aller Sparzwänge bleibt unser sozialer Kompass klar.

Wir stehen an der Seite derjenigen, die unsere Stadt zusammenhalten: Vereine, Ehrenamtliche, Initiativen. All jenen, die durch ihr ehrenamtliches Engagement zusammenleben gestalten und Gemeinschaft leben gebührt unser ausdrücklicher Dank.

Sie sind das Rückgrat unserer Stadt und unserer Demokratie.

Deshalb haben wir uns bewusst, bspw. gegen Kürzungen etwa bei der Verbraucher- oder der Freiwilligenzentrale ausgesprochen. Für deren Förderung sind wir mit Entschlossenheit eingetreten, entgegen der hervorgebrachten Sparvorschläge.

Gleiches gilt für den Bereich der Jugendhilfe: Auch hier war uns klar, dass wir keine freiwilligen Leistungen infrage stellen.

Der Jugendhilfeausschuss wird es sich in Zukunft dennoch zur Aufgabe machen, die Strukturen zu prüfen und Optimierungspotenziale herauszuarbeiten.

Denn Ziel muss bleiben: Zugänge erleichtern, Synergien schaffen, Unterstützung greifbarer machen – für Kinder, Jugendliche und Familien, mit kurzen Wegen in ihren Sozialräumen.

7. Blick nach vorn

Trotz aller Kritik erkennen wir, dass sich unter dem neuen Bürgermeister etwas bewegt.

Die Ermächtigungsübertragungen werden überprüft, Prioritäten neu gesetzt, die Mittelfristige Finanzplanung stellt sich – wenn auch natürlich nicht perfekt- solider dar, als noch vor wenigen Monaten und ein Strukturplan für das Bauen und Sanieren ist in Arbeit.

Er kann – wenn konsequent umgesetzt – das Werkzeug sein, das uns von reiner Reaktion zurück in die Gestaltungsfähigkeit bringt.

Aber dieser Kurs braucht Rückendeckung – und klare politische Steuerung.

Wer Vertrauen in Politik zurückgewinnen will, muss es auch zeigen: durch Offenheit, Klarheit und Verlässlichkeit.

Und besonders durch eine klare Idee. Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen, hat der sozialdemokratische Altkanzler Helmut Schmidt gesagt. Auch wenn wir uns hier vor Ort in der Tradition seiner mutigen, mitnehmenden und sozialdemokratischer Politik sehen, müssen wir uns an der Stelle doch etwas von ihm emanzipieren. Wir haben die übergeordnete Idee – nenne es Vision – von einer lebenswerten Musikstadt im Grünen. Dafür muss das Ehrenamt dann nicht nur funktionieren, sondern auch gefördert werden. Zudem ist ein respektvolles Nebeneinander aller Verkehrsteilnehmer wichtig genauso wie das Fundament der Bildung, die sich in jedwede Richtung bezahlt macht. Wenn dieser Grundtenor geteilt wird, sind wir auch beim Haushalt an Bord. Oder eben nicht.

Wir als SPD-Fraktion verstehen uns nicht als Blockade, sondern als Mitverantwortung.

Wir mahnen, aber wir unterstützen, wenn der Weg stimmt.

Kritisch, konstruktiv, konsequent.

Ein gemeinsamer Konsens in dieser so besonderen Situation – trotz dessen, dass wir auch vieles hinnehmen mussten – ist gewachsen, weil wir viele gemeinsame Stunden damit verbracht haben, wie dieser und die nächsten Haushalte solider aufgestellt werden können. Aus der Hoffnung heraus, dass dieser Grundstein weiter dafür sorgt, gemeinsam diese Stadt nach vorne bringen und uns die gestaltende Position nicht gänzlich durch einen eventuell nötigen Dritten aus der Hand nehmen lassen zu wollen, empfehle ich meiner Fraktion, diesem Haushalt zuzustimmen.

8. Schlusswort

Zum Schluss möchte ich -kurz- zum Beginn dieser Rede kommen. Wie erwähnt sind es besonders die viele äußerlichen Einflüsse, die uns in die aktuelle Situation gebracht haben.

Neben der verfehlten Landespolitik stehen die Krisenherde seit spätestens 2020 nicht still. Man bekommt zunehmender das Gefühl nicht mehr atmen zu können, durch all den negativen Dingen, die jeden Tag durch die Medien auf uns einprasseln. Ständig kommt etwas Neues hinzu und bei allem, was sich allein in diesem Jahr bereits ereignete, könnte man Ereignishorizonte vergangener Jahre abdecken. Ich denke ich erzähle Ihnen nichts neues, wenn ich sage das dies auch etwas mit uns als Gesellschaft in Gronau macht. Wir sind alle beunruhigt und wissen nicht was morgen passiert. Machen uns Sorgen um die Zukunft unserer Kinder, unserer Familien und Freunde und besonders unserer eigenen.

Doch gerade in solchen Zeiten, in denen wir uns auf uns allein gestellt fühlen ist es besonders wichtig, als Gemeinschaft zusammenzuhalten und diese Gemeinschaft nach außen zu tragen

und mit anderen zu teilen. Nur vor Ort kann dies gelingen sich nicht auseinanderdividieren zu lassen, nur vor Ort können wir beginnen, etwas dem lauten Äußeren entgegen zu stellen. Daher ist mein Appell besonders an alle Ratskolleg*innen, lasst uns diese Entschlossenheit und konstruktive Zusammenarbeit nach außen senden und den Menschen in dieser Stadt vertrauen in das Handeln von Verwaltung und Politik zurückgeben.

Ich denke damit wird es uns gelingen ein großes Zeichen, besonders in einer so unterschiedlichen und lebendigen Stadt wie Gronau/Epe ein Zeichen des Zusammenhaltes und des gegenseitigen Vertrauens zu setzen, um all den Herausforderungen, die wir jetzt noch nicht kennen aber gewiss zeitnah auf uns zukommen werden, gemeinsam und gestärkt entgegentreten zu können.

Vielen Dank und Glück auf!